



Gedanken zum 8. Mai 1985

Die beiden nachstehenden Artikel sind Beiträge für die Zeitung DIE MAHNUNG, die wir mit freundlicher Erlaubnis des Herausgebers: BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES, Berlin e.V., in gekürzter Form wiedergeben.

Von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Das Jahr 1985 bringt uns den 40. Jahrestag des Zusammenbruchs des NS-Regimes, dessen Wahn die Deutschen und die Welt in den 2. Weltkrieg gerissen und vielen Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Wir trauern um alle Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft des Nazi-Regimes. Niemand kann die Vergangenheit ungeschehen machen. Wir haben uns ihr zu stellen und aus unserer Geschichte zu lernen. Die wichtigste Herausforderung ist für uns die Bewahrung und der Ausbau unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Die Deutschen von heute genießen die freiheitlichste Ordnung ihrer Geschichte. Sie ist die erste Sicherung gegen jeden Rückfall in Barbarei und Totalitarismus. Die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland wurde von dem Willen begleitet, möglichst schnell und dauerhaft die Freundschaft der damaligen Kriegsgegner zu erwerben.

Das kommende Jahr 1985 stellt der deutschen Politik die Aufgabe, im Geist der Versöhnung unseren Freiheitsstaat weiter zu stärken, unseren Mitbürgern wieder den Glauben an die eigene Kraft, Selbstvertrauen und Mut zur Zukunft zu vermitteln.

Klare politische Signale in Form von Taten, die sich an dem wichtigen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel orientieren, sind unerlässlich. Immanuel Kant schrieb: „Tat heißt eine Handlung, sofern sie unter Gesetzen der Verbindlichkeit steht“. Genau diese Qualität der Verbindlichkeit haben wir gegenüber dem Warschauer-Pakt unter Beweis gestellt. Wir, das sind die Amerikaner und die Westeuropäer, die nicht länger

fürchten müssen, daß die Bundesrepublik Deutschland in neutralistisches Fahrwasser gerät. Wir haben das Fundament unserer Sicherheit und unserer Freiheit, nämlich das westliche Verteidigungsbündnis, gestärkt. Gegen die gefährliche Aussteigermentalitäten setzen wir Geradlinigkeit und Eindeutigkeit in der sicherheitspolitischen Verantwortung. Nur diese Haltung nutzt dem Ost-West-Dialog, nur sie garantiert eine enge Abstimmung mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern.

Den Frieden sicherer zu machen, ohne unsere Freiheit auch nur um ein Jota zu mindern — das ist die vorrangige Aufgabe auch im Jahr 1985.

Von Dr. Hans-Jochen Vogel; Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Geschichte wird uns zumeist in Gedenktagen gegenwärtig. Das Jahr 1985 wird uns am 8. Mai an den Tag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht erinnern. Dieser Tag gehört sicherlich zu den wichtigsten Daten deutscher Geschichte. Er ist Anfang und Ende zugleich. Ende der Hitler'schen Gewaltherrschaft. Anfang auf dem Wege zu einer dauerhaften demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung.

Der 8. Mai 1985 ist gewiß kein Grund zum Jubel. Er mahnt uns in erster Linie zum Gedenken an die Millionen von Toten, an die Opfer des Krieges in gleicher Weise wie an die Opfer von Rassenwahn und politischer Verfolgung, von Flucht und Vertreibung. Er zwingt auch zum kritischen Nachdenken über die geschichtlichen Abläufe, die zum 8. Mai 1945 geführt haben, und die politischen Kräfte, die als Gestalter deutscher Politik Mitverantwortung für diese Entwicklung tragen. Er gibt ebenso Anlaß, uns unserer fortbestehenden nationalen Identität als einer Geschichts-, Kultur-, Sprach- und Gefühlsgemeinschaft zu erinnern.

Der 8. Mai 1985 wird in vielfacher Weise Anlaß für Gedenkveranstaltungen sein. Es soll sich niemand täuschen: Dieser Tag eignet sich nicht zur Vereinnahmung durch die eine oder andere Seite oder als Tummelplatz parteipolitischer Betrachtungsweisen. Er kann sinnvoll nur begangen werden, wenn es ein Gedenktag des ganzen Volkes ist. Und alle Feiern werden ihren Sinn verfeh-

len, wenn sie in Betrachtungen einmünden, die den tiefen Einschnitt des 8. Mai 1945 ungeschehen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und uns glauben machen wollen, Vergangenes könne einfach restauriert werden. **Nein, der 8. Mai 1985 muß ein Tag des Bekenntnisses unseres ganzen Volkes zur Friedfertigkeit und zum guten Miteinander mit allen unseren Nachbarn, vor allem auch mit Polen, werden. Ein Tag, an dem wir die Grundlinien unserer Friedenssicherungs- und Entspannungspolitik erneut herausstellen. Und es muß ein Tag werden, an dem wir uns im Gedanken an die historischen Erfahrungen unseres Volkes zu dem Satz bekennen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.**

Denen kompromißlos zu wehren, die aus den Entwicklungen, die zum 8. Mai 1945 geführt haben, nichts gelernt haben: Auch das ist eine Aufgabe, zu deren Erfüllung uns dieser Tag verpflichtet.

60-jähriger Gedenktag zum Tode von Friedrich Ebert

von GEORG PRINZ

Am 28.02.1985 versammelten sich etwa 50 Persönlichkeiten, unter ihnen der Bundespräsident Richard von Weizsäcker, als Vertreter des Bundeskanzlers der Staatssekretär Lorenz, Ministerpräsident Späth, Willy Brandt als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der ehemalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Kühn, und auch der Bundesehrenvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Georg Prinz, Vorsitzender der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V., im Rathaus der Stadt Heidelberg und gedachten des Mannes, Friedrich Ebert, der vor 60 Jahren gestorben und in Heidelberg beigesetzt worden war. Begleitet von Abordnungen und Fackelzügen des Reichsbanners wurde der Sarg mit dem Verstorbenen seinerzeit von Berlin nach Heidelberg überführt.

Friedrich Ebert, erster Reichspräsident des Deutschen Reiches, wurde in einem Kriegsjahr, 1871, geboren. Der deutsche Sozialdemokrat starb vor 60 Jahren am 28.02.1925. Als viertes von sechs Kindern eines Heidelberger Schneidermeisters war sein Wunsch, einmal studieren zu können, der aber an der Mittellosigkeit des Elternhauses scheiterte. Er erlernte das Sattlerhandwerk und trat im Jahr 1889 der Sozialdemokratischen Partei bei.

In Bremen wurde er Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, 1893 Lokalredakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, 1900 Mitglied der Bürgerschaft. 1905 kam er in die Position eines Sekretärs des sozialdemokratischen Parteivorstandes und nahm seinen Wohnsitz in Berlin. 1912 errang er ein Mandat zum Deutschen Reichstag, 1913 kam er als Nachfolger Bebels in den Parteivorstand.

Am 11. Februar 1919 bestimmte ihn die Weimarer Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten. Das blieb er auch nach Inkrafttreten der Verfassung, da der deutsche Reichstag seine Amtszeit mit verfassungsändernder Mehrheit bis zum 30. Juni 1925 verlängerte. Der erste Reichspräsident wurde trotz seiner neutralen Haltung, seiner vaterländischen Gesinnung und seiner lauterer Persönlichkeit durch die Hetze sogenannter nationaler Kreise verfolgt. Ein reaktionärer Redakteur, der ihn wegen Teilnahme am Berliner Streik im Jahre 1918 des Landesverrates bezichtigt hatte, wurde 1924 durch ein Magdeburger Gericht zu einer Geldstrafe verurteilt; in der Begründung des Urteils hieß es aber gegen Recht und Gesetz, daß Ebert im juristischen Sinne schuldig sei. Das Urteil sollte alle aufrechten Demokraten treffen. Obwohl schwer erkrankt, weigerte sich Ebert, in ein Krankenhaus zu gehen, um jederzeit in dem weiteren Verfahren als Zeuge auftreten zu können. Er starb deshalb an einem Blinddarmdurchbruch. Über sechs Jahre war Ebert schon tot, als das Reichsgericht in einem Verfahren wegen Beleidigung des toten Reichspräsidenten, in dem sich der Angeklagte zu seiner Entlastung auf das Magdeburger Urteil berief, feststellte, daß der Vorwurf des Landesverrates gegenüber Friedrich Ebert nicht gegeben sei.

Gedenkfeier in Heidelberg

Nach dem kurzen Festakt im Rathaus der Stadt Heidelberg ging es zu Fuß zum Geburtshaus Friedrich Eberts, von dort zur stillen Kranzniederlegung an seinem Grabe auf dem Bergfriedhof in Heidelberg. Dort warteten Hunderte von Menschen, darunter die Delegierten des Reichsbanners mit Fahnen, um dem ersten Reichspräsidenten des Deutschen Reiches Ehre zu erweisen. An seinem Grabe legten der Bundespräsident, Staatssekretär Lorenz für den Bundeskanzler, Willy Brandt für die Sozialdemokratische Partei und der Bundesehrenvorsitzende des Reichsbanners, Georg Prinz, nebst anderen Kameraden Kränze des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. nieder.

Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident des Deutschen Reiches, bleibt uns unvergessen.



Reichsbanner-Totengedenkfeier mit der Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert 1926 in Leipzig.

Das Reichsbanner

Meinungs-Organ für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold/Bund aktiver Demokraten e.V., den Freiheitsbund e.V., Berlin, und die Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Nr. 1 — März 1985 — 29. Jahrgang — erscheint seit 1924

Herausgeber: Förderverein

und Verlag: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Kronberger Str. 43, 6000 Frankfurt 1,
Ruf (069) 727970 oder (061 02) 34841

Verantwortlich: Georg Prinz, Diedenbergen

Helmut Esser, Rüsselsheim

Druck: Industrie- und Wirtschaftswerbung GmbH,
6000 Frankfurt

Die unter Verfassernamen oder Kurzzeichen erschienenen Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar und unterliegen allein der Verantwortung der Verfasser.

Erscheint vierteljährlich — Einzelpreis DM 1,50

Theodor Haubach zum Gedächtnis

Von KURT CLASEN, HAMBURG

Am 40. Jahrestag der Hinrichtung von Theodor Haubach fand zu seiner Ehrung eine Gedenkstunde im Festsaal des Rathauses Hamburg statt. Es war eine Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Vor dem Rednerpult das Bild Haubachs, an beiden Seiten flankiert von alten Reichsbannerfahnen des Ortsvereins Hamburg und der Abteilungen 1 und 11 (Barmbeck), dazu die neue Fahne der Hamburger Reichsbannerorganisation heute. Viele alte Kameraden waren zur Ehrung erschienen, denn Theodor Haubach gehörte zu den markantesten und unerschrockensten Reichsbannerführern, der nie den Widerstand gegen die Nazis aufgegeben hatte. In den Berichterstattungen der Presseorgane wird wohl ausführlich auf das Wirken Haubachs eingegangen, im wesentlichen aber nur seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie erwähnt. Das REICHSBANNER wird als Begriff der Geschichte der Weimarer Republik und als die tragende Säule Theodor Haubachs im Kampf gegen den Nationalsozialismus einfach ignoriert. Das betrübt mich sehr, da ich als der ehemalige Fahrer des Reichsbannerführers Theodor Haubach die geschichtliche Wahrheit so genau kenne. Wir sind es aber schon gewohnt, daß man in den Medien das Reichsbanner und sein Wirken totschweigt. Die folgenden Aufsätze werden die wahre Geschichte darstellen.



Dr. Theodor Haubach, in Frankfurt am Main geboren, in Darmstadt aufgewachsen, ging als Kriegsfreiwilliger in den ersten Weltkrieg. Als Offizier kam er aus ihm zurück, zusammen mit seinem Freunde Carlo Mierendorff, mit dem er gemeinsam in Heidelberg studierte.

Haubachs Liebe gehörte dem Reichsbanner. Er führte den früheren Gau Hamburg-Bremen-Nordhannover. Auch in Berlin, wohin ihn Severing als Pressereferent im Reichsinnenministerium berufen hatte, stand er dem Reichsbanner vor. Anschließend war er bis zu Papens Staatsstreich Pressechef im Berliner Polizeipräsidium. Als Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und als technischer Leiter schuf Haubach die Schutzformationen der Organisation. Junge republikanische Arbeiter und bewährte Frontsoldaten bildeten ihren Kern. Haubach bildete diese Truppe mit dem Ziel, sie als Ordnungsfaktor einzusetzen, falls nicht die Reichswehr die Ordnung und Sicherheit der Weimarer Republik wiederherstellen sollte.

Gleich nach der „Machtergreifung“ der Nazis wurde Haubach verhaftet und mehrere Monate in „Schutzhaft“ genommen. Die Nazis wußten warum. Sie hatten das

Reichsbanner zwar verboten. Aber keiner wollte das Reichsbanner aus seiner Pflicht entlassen, einen Befehl hierzu gab es nicht. Das Reichsbanner wurde daher nicht aufgelöst, wie es manche Geschichtsklitterer behaupten. Ende 1934 wurde Haubach erneut verhaftet und kam für zweiundeinhalbes Jahr ins KZ Börgermoor. Ein drittes Mal verhaftete man ihn im September 1939, doch kam er nach etlichen Verhören bald wieder frei. Als Mitglied des „Kreisauer Kreises“ stand er im Januar 1945 vor Freislers Blutgericht, wurde zum Tode verurteilt und am 23.1.1945 schwer erkrankt, auf einer Trage zum Galgen getragen und zusammen mit dem führenden Kopf des „Kreisauer Kreises“, dem Grafen Helmut von Moltke, mit dem früheren württembergischen Staatspräsidenten Dr. Egon Bolz und seinem Freund, dem früheren Staatsrat im Hessischen Innenministerium, Ludwig Schwab, gehängt.

Am gleichen Tage, dem 23.1.1945 ließen ihr Leben: der bayerische Gesandte Franz Sperr, der Major vom Oberkommando des Heeres bei Graf von Stauffenberg, Busso Thoma, der Studienrat und Verbindungsoffizier zu Goerdeler und Beck, Hermann Kaiser, der Redakteur der „Ketteler Wacht“, Nikolaus Gross und bereits einige Tage vorher, am 18.1.1945, der frühere Bürgermeister von Berlin, Fritz Elsas.

Am 5. Januar 1945 war bereits der Reichsbannerführer und unerschrockene Kämpfer gegen die Rechts- und Linksextremisten, Julius Leber, in Berlin-Plötzensee hingerichtet worden.

Der frühere Redakteur unserer „Illustrierten Republikanischen Zeitung (IRZ)“ und politischer Redakteur des Berliner „Telegraph“ nach 1945, Karl Wiegner, ein führender Kopf unseres Bundes bis 1933, schilderte in dem im Jahre 1955 in der Europäischen Verlagsanstalt erschienenen, von Walter Hammer herausgegebenen Gedächtnisband für Theodor Haubach unseren Kameraden:

„... Theodor Haubach war im übrigen alles andere als ein Pessimist, wie überhaupt Pessimismus im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bis zuletzt nicht aufkam. Im Gegenteil, in seiner Mitgliedschaft und insbesondere in den Formationen der Schufu war der Wille zum entschlossenen Kampf gegen den Nationalsozialismus unerschütterlich. Daß dieser Kampf nicht bis zum Letzten ausgetragen wurde, war nicht Schuld der Männer des Reichsbanners.“

In Hamburg war Theo Mitglied des Reichsbanner-Gauvorstandes gewesen und hatte sich mit der Kraft seiner Persönlichkeit besonders für die technische Ausbildung der Reichsbanner-Formationen eingesetzt. Als er nach Berlin kam und hier die Pressestelle des Polizeipräsidioms übernahm — ein Amt, dem er in einer Zeit, in der die Auseinandersetzungen mit den Links- und Rechtsradikalen sich immer mehr zuspitzten, ein klares republikanisch-demokratisches Profil gab —, stand er trotz seines vielfältigen Dienstes sofort wieder aktiv in den Reihen des Reichsbanners. Besonders nach dem Staatsstreich Papens im Juli 1932 war er nicht nur rednerisch, sondern auch organisatorisch an der Stärkung des Widerstandes tätig... Unvergeßlich ist mir auch sein mannhaftes Auftreten auf der Bremer Reichskonferenz, auf der er neben Höltermann und anderen gegen die Zurückhaltung der damaligen SPD-Führung in der Frage der militärischen Ausbildung des Reichsbanners auftrat und dazu beitrug, die Widerstände zu überwinden.

Solange er politisch wirkte, war Theodor Haubach ein kämpferischer Mensch, der sich selbst nicht schonte und überall da stand, wo es gefährlich war. So war es auch nicht anders denkbar, daß er nach 1933 in der Widerstandsbewegung eine führende Rolle spielte und schließlich ein Opfer der braunen Henker wurde...“

„GRÜN“: Hoffnung oder Untergang?

GRÜN ist nicht für alle, aber doch für viele eine beliebte Farbe. Somit liegt bei der politischen Benutzung des Begriffes GRÜN ein psychologischer Vorteil. Im Volksmund gilt grün als die Farbe der Hoffnung. In einem Volkslied heißt es „Mädel ruck, ruck, ruck an meine grüne Seite“. In anderen Volksliedern z.B.: „Grün ist die Heide...“ oder „Auf der grünen Wiese...“.

Goethe gar realisiert in seinem „Faust“ den grünen Begriff als Lebensgrundlage: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie und grün des Lebens goldener Baum.“ Es ist aber Mephistopheles, den Goethe das sagen läßt.

Da gibt es nun die Partei, die sich „DIE GRÜNEN“ nennt. Sie verkauft ihre Grau-in-Grau-Theorien ganzen Völkerscharen als grüne Lebensgrundlage. Ein neuer Weg? Oder nur eine neue Masche auf dem Wege zur absoluten Machtergreifung? Ein wahrhaft mephistopholisches Problem!

„Grüne“ Vernichtung unserer Lebensgrundlagen

Auf einem Empfang seiner Gewerkschaft hat der Vorsitzende der IG Chemie, Hermann Rappe, eine klare Abgrenzung von den Grünen verlangt. Wir zitieren die grundlegenden Gedanken:

„Für uns Gewerkschaftler ist klar: Eine Realisierung des grünen Wirtschaftssystems wäre überhaupt nur möglich, wenn auf die Massenproduktion von Gütern und Dienstleistungen verzichtet wird, und wenn man zu Formen vorindustrieller handwerklicher Produktion zurückkehrt. Das ist in unserer modernen weltweit verbundenen Wirtschaft ebenso ein Unding wie Mindesteinkommen für Leute, die keine Lust haben zu arbeiten!

Die andere grüne Vision — ich zitiere — 'Wohnen in ländlicher Gegend, ganzheitlich leben, selber produzieren!' vermittelt eine kleinbürgerliche romantische Idylle für wenige, die mit schwerwiegenden Nachteilen für den Lebensstandard aller bezahlt werden müßte. Die angeblich soziale und basisdemokratische Wirtschaftsordnung der Grünen entlarvt sich somit selbst. **Sie bringt keine Alternative für Arbeitnehmer und Gewerkschaften**, sie bringt keine Alternative für die Mehrheit der Bürger, **sondern nur für wenige, sie ist also elitär. Was wir brauchen, sind Lösungsansätze für alle, eine politische Konzeption für die Arbeitnehmer und ihre Familien, nicht nur eine 'schöner leben Welt' für wenige Alternative und Aussteiger oder für Leute, die es sich finanziell leisten können.** ... Aus den ökologischen Forderungen der Grünen ergibt sich zwangsläufig eine Abschaffung unserer bisherigen Industriegesellschaft. Ein Vergleich mit dem vor rund 40 Jahren bekanntgewordenen 'Morgenthau-Plan' drängt sich geradezu auf — also ein überdezentralisiertes, vorwiegend industriefeindliches, traditionslandwirtschaftliches, vom Weltmarkt weitgehend abgekoppeltes Land.

Schließlich will ich noch auf zwei Aspekte hinweisen, nämlich auf das Verhältnis der Grünen zur Gewalt und

zum Parlamentarismus. Sie sagen, sie seien prinzipiell gegen jede Gewalt. Gewalt sei festzustellen, wenn ein Mensch oder ein Tier gegen seinen Willen zu einem bestimmten Verhalten veranlaßt wird, wenn es beispielsweise aus seinem ökologischen System entfernt wird. Zu der Ablehnung von Gewalt gehört für die Grünen auch die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber Personen und Sachen. Für die Gewerkschaften ist diese Gewaltkonzeption völlig unbrauchbar. **Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns eine entscheidende Voraussetzung für die Friedfertigkeit der Gesellschaft.**

Nein, das Verhältnis der Grünen zum parlamentarischen Rechtsstaat ist gestört.“

„Grüne“ Verachtung des Rechtsstaates

Die Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) bezichtigte anläßlich der Eröffnung der Kurt-Schumacher-Ausstellung in Frankfurt die „grüne“ Bewegung der Gegnerschaft gegen das Staatswesen Bundesrepublik Deutschland. In München griff die Politikerin unter starkem Beifall die „Grünen“ an, die das Ziel verfolgten, die parlamentarische Demokratie aus den Angeln zu heben und „einen anderen Staat und eine andere Gesellschaft anzustreben.“ Sie sprach im März im Münchner Hofbräuhaus vor 150 SPD-Mitgliedern, einem Freundeskreis, der von Jürgen Mahrun geleitet wird.

Tatsächlich schreiben die „Grünen“ auf ihre Transparente „gewaltfrei“, veranstalten und befürworten aber die gesetzwidrigen Handlungen zur Durchsetzung ihrer Minderheitsvorstellungen. Ihre Demagogie zielt auf die Umkehrung der Begriffe. Ihre Gewalttaten dienen der „höheren Erkenntnis“ und sind deshalb als Wohltat „gewaltfrei“! nur das Gewaltmonopol des Staates zum Schutze der parlamentarischen Demokratie ist die böse Gewalt.

„Wenn die Grünen heute im Parlament sind, dann muß es ihnen um Veränderungen gehen... Die Grünen repräsentieren mit einer solchen Strategie keinesfalls den Verzicht auf revolutionäre Umwälzung.“ (Erhard Müller und Gabriele Falkenberg im „Grünen Basis Dienst“, 5/1984). Hierzu Rainer Trampert, einer der führenden Grünen: „Ich kann ungeprüft übernehmen, was ihr schreibt.“

In diesem Sinne läßt sich die tägliche Praxis der „Grünen“ nicht übersehen. Mit einer Reihe bereits routinierter Gruppen wollen die „Grünen“ dem Weltwirtschaftsgipfel am 4. Mai in Bonn durch „Aktionen behindernden, störenden und informierenden Charakters“ Widerstand leisten. Straftaten sollen als Widerstandsformen akzeptiert werden.

Der Kreisvorsitzende der „Grünen“ in Lauenburg, Thomas Wüppesahl, hat dem Terroristenanschlag auf einen Hochspannungsmast, der das Kernkraftwerk Krümmel bei Hamburg lahmlegte, Verständnis entgegengebracht. Zahllose Beispiele können angeführt werden, angefangen von den massierten Gewaltaktionen an der „Startbahn West“. Deshalb verwundert nur die allseitige Empörung über das liebevolle Zugehen der Vorstandsmitglieder der „Grünen“ im Bundestag, Antje Vollmer und Christa Nickels, auf das einsitzende Verbrecherteam der RAF. Dieser Vorgang gehört doch zweifelsfrei zu dem Image der „Grünen“ nach ihrer Theorie und Praxis. Auch das sofortige Eingreifen zum Schutze der beiden

„Dies ist ein geradezu abenteuerlicher Plan. Er würde zum Ruin des deutschen Bergbaus führen.“

Horst Niggemeier, Sprecher der IG Bergbau und Energie, zu Energie-Vorstellungen der Bundestagsfraktion der Grünen.

um die RAF besorgten Damen durch das stets einsatzbereite Team Heinrich Albertz, Helmut Gollwitzer, Kurt Scharf und Heinrich Böll darf doch niemanden überraschen. Das gehört alles zusammen. Schon lange hatten sich ganze Landesverbände und Abgeordnetengruppen der „Grünen“ solidarisch mit dem Hungerstreik der einsitzenden RAF-Verbrecher erklärt. Ein Hungerstreik von Häftlingen, die noch mehr Vorteile als bereits gebotene als Vorwand forderten, aber damit öffentlich wirksame neue Terroranschläge durch ihre Kumpane forcieren wollten. Das traf auch prompt ein, und das tägliche „Bulletin“ über ihren Gesundheitszustand durch alle Presseorgane sorgte treu für den Öffentlichkeitswert.

Der „grüne“ Schmelztiegel der Extreme

Auf Abgeordnetenplätzen und Kandidatenlisten der GRÜNEN finden wir reihenweise Geiselnahmer, Flugzeugentführer, rechtskräftig Bestrafte aus terroristischen Gruppen (mit weiterhin bürgerlichen Rechten!), Sympathisanten jeglicher Art bis hin zu kommunistischen und nazistischen Ideenträgern.

Die kürzliche Nahostreise einschlägiger GRÜNER hatte wegen ihres eindeutigen Charakters die israelische Zeitung „Jediot Acharonot“ veranlaßt, von **gesunden Antisemiten** bei den deutschen Grünen zu schreiben. Der stellvertretende israelische Außenminister Ronni Milo äußerte sich: **„Die braunen Wurzeln haben grüne Pflanzen hervorgebracht.“**

Die grüne Abgeordnete Gertrud Schilling setzte im Hessischen Landtag den Hitlerfaschismus auf eine Linie mit der USA-Regierung Reagans. Empört reagierten die demokratischen Parteien: August Wilhelm Mende von der SPD bezeichnete diese grüne Hetze als „Verharmlosung oder Verniedlichung der Ungeheuerlichkeit des Faschismus.“ Gottfried Milde von der CDU warf diesen „ungeheuerlichen Vergleich gegen die Amerikaner“, die uns erst vom Faschismus befreit hätten. Frau Ruth Wagner von der FDP sah in der GRÜNEN-Attacke eine „Verhöhnung der Opfer des Faschismus.“

In dem „grünen“ Schmelztiegel hat alles Platz, was ausfällig, ausgefranst und ausgeflüppelt ist. In dem grünen Wahlprogramm zur Landtagswahl in NRW wird die Freigabe des Sexualverkehrs zwischen Erwachsenen und Kindern und mit Abhängigen gefordert. Die Sparte Lehrer stellt ein starkes grünes Kontingent. Das kann noch heiter werden — in den Schulen!

Die Rassen-Zuchtanstalt der Nazis, „Lebensborn“ genannt, war dagegen womöglich ein pruder Sittlichkeitsverein. **Es bleibt die „grüne Ökologie“ als Propagandatricks.**

Helmut Esser

„Unschuldige Opfer“

In unserem Zeitabschnitt der Terroranschläge, Bombenattentate, Geiselnahmen und Meuchelmorde, alle schön politisch und ideologisch motiviert, hat die Berichterstattung aller Medienarten den Begriff „*unschuldige*“ Opfer eingeführt, z.B.: *„Unter den Opfern waren auch unschuldige Kinder und unschuldige Frauen.“*

In einer Gedenkrede bei der Trauerfeier für den von Terroristen ermordeten Wirtschaftler Zimmermann am 7.2.1985 in München konnte man hören: *„Die Terroristen nehmen auch den Tod Unschuldiger in Kauf!“*

Anläßlich der neuesten Terroranschläge vielerorts konnte man Zeitungskommentaren den Tenor entnehmen: „Bisher waren Ziele der Terroristen Symbolfiguren des Staates, der Wirtschaft, der Politik und des Militärs; jetzt ist schon der Mann auf der Straße bedroht, Bürger wie Du und ich!“ Sieh da, sieh' da, welch verräterische Klassifizierung!

Aha, das Teufelchen im Unterbewußtsein! Es gab also auch Schuldige! Diesen Prominenten, natürlich. Jenen Politiker, na also. Einen Vertreter des großen Kapitals, kein Wunder. Die beiden Polizisten sowieso. Erst 21 und 23 Jahre alt. Was soll's. Eben Büttel des staatlichen Unterdrückungsapparates.

Hat man jemals gehört oder gelesen von einem ermordeten „*unschuldigen Polizisten*“, einem „*Unschuldigen Politiker*“ als Geiselofer? Keineswegs. An dem *idealen Kern* von Terroristen, von dem so gerne gefaselt wird, ist wohl doch was dran? Vielleicht erwischen sie doch manchmal den „*richtigen Schuldigen*“? Sigmund Freud wird unseren Berichterstattern, Moderatoren, Kommentatoren und Leitartiklern schon heimlich den Weg weisen.

Furore machte dieses „*Unschulds*“-Thema vor einiger Zeit in Frankreich durch die Aussage des französischen Premiers. Anlaß war der Anschlag auf eine Synagoge in Paris. Der Premier hatte beklagt, daß unter den Todesopfern des Attentats auch „*unschuldige Franzosen*“ waren. Also wurden — das Teufelchen im Unterbewußtsein! — die Opfer in „*unschuldige Franzosen*“ und „*schuldige Juden*“ unterteilt. Der Aufschrei in Frankreich war deutlich hörbar. Eine klassische Freud'sche Fehlleistung, urteilten gescheite Analytiker.

Mordende Terroristen sind keine Freiheitskämpfer! Die Einteilung ihrer Opfer in „*Unschuldige*“ und möglich „*Schuldige*“ ist schon unterbewußt ein Teil-Zugeständnis an den Status von Richter und Henker zugleich. Die vordringliche Suche nach den Terror- und Mord-Motiven, nach den Standorten rechtsextrem oder links-extrem, kommt leicht in den Geruch nach dem gerechten oder ungerechten Mord. Das verdeckte oder doch recht undeutliche Ergebnis hängt dann jeweils von der Farbe der Brille des Beobachters ab.

Menschenverachtung, fanatische Verblendung und Lust an der Vernichtung anderer bedarf keiner besonderen oder gar entschuldigenden Wertung. Meuchelmord muß als solcher erkannt und genannt werden. Die Opfer bedürfen nicht der Werteskala ihrer Vernichtung. Sie haben keine Chance der Anhörung mehr.

R.O. VALERIUS

Da es in jedem Gemeinwesen in der Regel mehr Narren als Weise und mehr Hasenfüße als Helden, mehr Sünder als Heilige und mehr Habenichtse als Wohlhabende gibt, sind die Narren und Hasenfüße, Habenichtse und Sünder in der Regel mehrheitsfähig. Wer gewählt werden will, muß sie berücksichtigen. Dies ist die durchaus übliche, aber dennoch keine ideale Voraussetzung für eine gute Politik.

Claus Jacobi

Wie wahr! Genau so wahr wie die Umkehrung, daß sich diese Merkmale auch auf „Gewählte“ verteilen: Angsthasen, Anpasser und Aggressive und manche, die durch Schweigen und feiges Betragen ihre Dummheit bis zum Grabe tragen.

Justus

Beiträge aus unseren Verbindungen

Die „Westkanadische Arbeitsgemeinschaft der Sudetendeutschen“ gibt bereits im 20. Jahrgang eine Schrift heraus: den *Sudeten-Bote*. Mit diesem Blatt werden mit den weltweit verstreuten Landsleuten Bande geknüpft. Für die Redaktion zeichnet Willi Wanka in Kanada verantwortlich, der einmal sozialdemokratischer, sudetendeutscher Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament in Prag gewesen ist. Daraus ergaben sich die vielfältigen Kontakte vorwiegend mit den vor den Nazis und dann nach 1945 emigrierten deutschen Sozialdemokraten aus der Tschecho-Slowakei.

Die Verbreitung der Schrift in Deutschland hat jetzt Almar Reitzner, München, übernommen, der als Mitbegründer der Seliger-Gemeinde, des Zusammenschlusses der sudetendeutschen Sozialdemokraten in der SPD, bekannt ist. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf das Werk (Neuerscheinung) von **Almar Reitzner**: „**Das Paradies läßt auf sich warten**“, Erinnerungen eines sudetendeutschen Sozialdemokraten. Das Buch ist im Langen-Müller Verlag erschienen.

Die Beachtung der Gruppe um den „Sudeten-Boten“, die aus leidvollen Erfahrungen manche Aussage zu machen hat, ist leider so bescheiden, wie das auch vom Reichsbanner erlebt wird. Die Kontakte aus dem Vorstand des Reichsbanners zu dieser Gruppe sind deshalb besonders begrüßenswert. Hubertus Prinz zu Löwenstein hatte schon 1972 in Tomslake, Kanada, vor der dortigen Gruppe einen Vortrag gehalten. Die Würdigung seiner Person anlässlich seines Todes in der Januar-Februar-Ausgabe des „Sudeten-Boten“ geben wir auszugsweise wieder.

Hubertus Prinz zu Löwenstein ein kämpferischer Anwalt der Freiheit

Die Sudetendeutschen im Peace River Gebiet British Kolumbiens machten seine Bekanntschaft im März 1972, als er während einer Vortragsreise auch in der Gemeinschaftshalle in Tomslake zu ihnen sprach. Was seinen Besuch zu einem denkwürdigen Ereignis werden ließ, war der Umstand, daß sein politisches Engagement und sein persönliches Wesen so viel Verbindendes ausstrahlten. Rein äußerlich war die Brücke zu seiner Persönlichkeit schon dadurch gegeben, daß er als junger Mann führend in dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold tätig und dadurch über alle Zweifel als Widerstandskämpfer gegen die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus ausgewiesen war. Und im regen Gedankenaustausch wurde es klar, daß der Prinz geradezu die Personifizierung des ewig wirkenden Strebens der Menschheit nach Freiheit und Rechtlichkeit war. So tief waren diese Werte in seinem Innern verankert, daß viele seiner Handlungen nach außen exzentrisch und widerspruchsvoll schienen, für ihn aber nur die logische Konsequenz einer als Lebensmission empfundenen sittlichen Verpflichtung waren.

Dem Reichsbanner und dem Internationalen Verband der Widerstandskämpfer blieb er bis zu seinem Tode verbunden.

Dem gleichen Heft entnehmen wir — ebenfalls auszugsweise — eine Arbeit von Dr. Harry Hochfelder, London, die sich mit dem in der Ost-West-Auseinandersetzung entscheidenden Problem der amerikanischen

„Strategischen Verteidigungsoffensive“ befaßt. Eine Betrachtung eines erfahrenen, geistig unabhängigen Politikers, der sich weder um parteitaktische Erwägungen noch um Pressionen scheren muß, und seinem ausgeprägt analytischen Können freie Hand läßt.

Dr. Harry Hochfelder, Jahrgang 1914, gehört der „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten in England“ an und engagiert sich besonders als Mitarbeiter im „Wenzel-Jaksch-Kreis“, bei dessen Seminaren am „Heiligenhof“ in Bad Kissingen, in der Zeitung „Die Brücke“ und in vielen weiteren Publikationen.

Gedanken zur SDI

Stehen wir am Wendepunkt?

von **DR. HARRY HOCHFELDER, LONDON**

Wie wir richtig voraussagten, hat sich die feste Haltung des Westens in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa bewährt: die Russen haben sich zu neuen Verhandlungen bereit erklärt, ohne auf Rücknahme der Raketen als Vorbedingung zu bestehen.

Dabei hat sich wieder einmal erwiesen, daß eine Politik des Nachgebens, Leisetreuens, einseitiger Zugeständnisse und unerwidelter Vorleistungen nicht zum Ziel führt. Wer eine solche Politik betreibt, erntet bei den Kommunisten nichts als Verachtung. Mit Politikern, die sich bereits in ihrer Tasche befinden, pflegen sie nicht zu verhandeln. Warum sollten sie das auch?

Beim Besuch des Politbüromitglieds Michail Gorbatschow in London im Dezember trat deutlich zu Tage, was die neue Strategie des Kremls ist. Das Hauptaugenmerk der Russen richtet sich jetzt auf die amerikanische „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI), ein Forschungsprojekt, das 28 Milliarden Dollar kostet und zum Ziel hat, ein System zu entwickeln, das feindliche Raketen abfängt und vernichtet, bevor sie landen und Schaden anrichten können.

In welchem Ausmaß sich dieses Ziel verwirklichen läßt, wie wirksam ein solches System wäre, wie lange es dauern würde, es zu entwickeln und wie hoch die Kosten wären, wird erst dann mit einiger Sicherheit geschätzt werden können, wenn Resultate des Forschungsprojekts vorliegen. Kein Zweifel besteht jedoch daran, daß seitens der Kommunisten eine Propaganda-Großoffensive gegen SDI im Anlaufen ist.

Wir sollten nicht den Fehler machen, die Propagandamaschine des Kremls zu unterschätzen. Zur Zeit werden ohne Zweifel geeignete Parolen und Argumente ausgeheckt, die sehr bald von allen Seiten auf uns niederprasseln werden, natürlich nicht etwa nur von Kommunisten, sondern auch von vielen, denen man normalerweise nicht zumuten würde, mit den Kommunisten zu sympathisieren.

Einen Vorgeschmack dieser Propagandawelle kann man bereits aus einem Artikel des Lord Kennet in der „Times“ vom 19. Dezember bekommen, der in England eine heftige Diskussion ausgelöst hat. Lord Kennet ist der Sprecher der britischen Sozialdemokraten im Oberhaus für Außenpolitik und Verteidigung und seine bona fides soll hier nicht angezweifelt werden. Seine Argumente klingen jedoch unsachlich und widersprüchlich.

Erstens, meint er, sei es unmöglich, alle Raketen abzufangen, zumindest nicht solche, die nur eine kurze Distanz zurückzulegen haben. Damit maß er sich an, das Resultat des amerikanischen Forschungsprojekts vorwegzunehmen. Im gleichen Atemzug aber behauptet er dann, wenn es doch möglich wäre, dann wäre bestenfalls Nordamerika geschützt, jedoch nicht Europa. Das wäre also sozusagen unfair. Er übersieht dabei allerdings, daß ein wirksamer Schutz Nordamerikas den Amerikanern eine derartige Überlegenheit geben würde, daß dadurch effektiv Westeuropa auch geschützt wäre, da die Russen keinen nuklearen Angriff in Europa wagen würden, wenn sie wüßten, daß die Amerikaner Atomwaffen gegen sie einsetzen könnten, ohne nennenswerte Vergeltungsmaßnahmen befürchten zu müssen. Dann sagt Lord Kennet, wenn es möglich wäre, einige europäische Länder zu schützen, aber nicht alle, so wäre das ungerecht gegenüber jenen, auf die sich der Schutz nicht erstreckt. Wäre es jedoch möglich, alle europäischen Länder gegen einen sowjetischen Angriff abzuschirmen, so käme das praktisch einer Kriegserklärung gegen die Sowjetunion gleich. Wie immer es die

Amerikaner anstellen, machen sie es nach Lord Kennets Meinung falsch. Die überraschende Schlußfolgerung: nur wenn der Westen nichts unternimmt, um sich gegen sowjetische Raketenangriffe zu schützen, kann der Friede gewahrt bleiben.

Die kommunistische Propaganda steht nicht vor einer leichten Aufgabe. Die Amerikaner werden sich nicht ausreden lassen, Maßnahmen zu treffen, die zwar viel kosten, jedoch geeignet sind, die Bevölkerung vor der Drohung der Vernichtung durch einen sowjetischen Atomangriff zu schützen, es sei denn, die Kommunisten erklärten sich bereit, auf der Basis multilateraler Abmachungen abzurüsten und sich einer wirksamen Kontrolle einer solchen Abrüstung zu unterziehen.

Die jetzige Situation bedeutet, daß zum ersten Mal das Gesetz des Handelns beim Westen liegt, weil die größere Leistungsfähigkeit der westlichen Wirtschaft als entscheidender Faktor in Erscheinung tritt. Die russische Propaganda wird nichts unversucht lassen, um zumindest die Europäer zu überzeugen, daß SDI den Weltfrieden gefährdet.

Die Saat der Gewalt

Von ROBERT BECKER

Die extremistischen Gewalttaten nehmen ständig zu. Die Zahl der Zerstöreraktionen mit immensen Schäden steigt. Mit Gesetzesmißachtung fängt alles an und dehnt sich aus zu Brandanschlägen, Sprengstoffanschlägen und Mord. Die Duldung des Hausbesetzertums und die Rechtfertigung von Blockaden scheint heutzutage Ausdruck von Liberalismus zu sein.

Doch saßen eben die Straßenterroristen, Hausbesetzer und Randalierer ab 1933 in den Machtzentren des Nazistaates, da dem antidemokratischen Terror nicht energisch genug mit den Machtmitteln des Staates entgegengetreten worden war. Die Nazis starteten dann die größte Hausbesetzeraktion des Jahrhunderts, indem sie alle Gewerkschaftshäuser, Parteihäuser, Rathäuser und alles, was ihnen nicht gehört hatte, besetzten.

Das war der Weg der Terroristen der Straße zum Staatsterrorismus mit den schlimmsten Folgen.

Das Faustrecht ist das Ende jeder Demokratie!

Wir kennen inzwischen hunderte und tausende großer und kleiner gesetzwidriger Aktionen anmaßender Minderheiten. Die Propagierung von Gewalt gegen Sachen mit den Folgen von Gewalt gegen Menschen wurde zum „Freiraum“ von philosophischen, soziologischen, politischen und pseudo-wissenschaftlichen Schwätzereien. Wir erleben die Hilfslosigkeit und Unentschlossenheit staatlicher Organe, dem Treiben ein Ende zu setzen. AN DIESE UNSICHERHEIT DÜRFEN WIR UNS NICHT GEWÖHNEN! Wenn das Bekenntnis zu unserem Grundgesetz nicht mehr selbstverständlich ist, oder wenn dieses Grundgesetz, das zu dem freiesten und to-

lerantesten der Geschichte gehört, von Demagogen in umgekehrter Auslegung mißbraucht werden kann, dann ist Alarm geboten.

„Demokratische Staatssysteme sind ohne überzeugte Demokraten nicht lebensfähig!“ Im Laufe der folgenden Jahre hat sich nichts gebessert. Der Mißbrauch des grundgesetzlichen Rechtes zur friedlichen Demonstration hat sich mehr und mehr ausgeweitet. Rathausbesetzungen, Hausbesetzungen, Straßenbesetzungen und erpresserähnliche Erscheinungen organisierter Interessenten haben schon fast das Maß des Gewohnheitsrechtes angenommen. Versuche, den politischen, grundgesetzlichen Willensträgern Maßnahmen durch mittelbare und unmittelbare Gewalt gegen Sachen und Personen abzuwingen, werden durch Sympathiekundgebungen in Presse, Rundfunk, Fernsehen und durch prominente Persönlichkeiten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unterstützt. Haufenweise betätigen sich Dozenten an Universitäten und Lehrer in allen Schulbereichen, die doch einen grundgesetzlichen Auftrag haben, als Spießgesellen gesetzwidriger und verfassungsfeindlicher Aktionen. Kirchenvertreter des „niederen und hohen“ Standes aalen sich in den Wogen eines neuen Glaubens jener, die verführerisch nach einer heilen Welt rufen, aber zu gleicher Zeit sich als Vertreter brutaler Diktaturen und Unterdrückungsmechanismen entpuppen. Selbst Abgeordnete des Volkes, gewählte Abgeordnete, hoffend auf einen Popularitätszuwachs, üben Solidarität mit staatsfeindlichen Aktionen. Sie demonstrieren damit bewußt oder unbewußt, daß ihre eigene grundgesetzliche parlamentarische Aufgabe zu nichts nütze ist und Gewaltaktionen zum Wesen ihres Demokratieverständnisses zählen.

DAS HANGEN UND BANGEN ZWISCHEN FREIHEIT UND MISSBRAUCH DER FREIHEIT, dieser Unsicherheitsfaktor, dieses Zittern unserer verantwortlichen Organe vor der Zerstörung der Demokratie und zu gleicher Zeit ihre lächerliche Furcht, wegen zu strenger Maßnahmen als faschistoid bezeichnet zu werden, muß endlich durch eine selbstbewußte Haltung ersetzt werden.

MANES SPERBER, ein gebrannter und gewandelter Revolutionär, drückt den Zustand einer gefährdeten Demokratie in seinem Buche „Leben in dieser Zeit“ sehr eindrucksvoll aus:

„Man wird von Entsetzen erfaßt über die unfaßbare Leichtigkeit, mit der man Zivilisationen zerstören kann, und über die Rolle, die hierbei häufig Aposteln eines neuen Glaubens und amokläuferischen Utopisten, kurz neu aufgestiegenen Menschheitsbeglückern zufällt.“

Was nun und was tun?

Unsere gängigen Verfassungsfeinde, unsere täglichen Feinde der Demokratie, berufen sich treuherzig auf die Freiheit, die ihnen das Grundgesetz gewähre. Ja, sie geben sich als die eigentlichen Verfechter aus, als die rechtmäßigen Interpreten des Grundgesetzes. Mit Sinnverdrehungen und demagogischer Entstellung der Inhalte betören sie junge Menschen, lenken ab von den tatsächlichen Fragen der politischen Freiheit. Sie verschweigen, daß wirkliche Freiheit in der Beschränkung und in der Toleranz gegenüber dem Nächsten und dessen Freiheit liegt. Unser Grundgesetz ist nicht zweideutig, es wird nur allzu gerne zweigleisig ausgelegt. Der Artikel 5 sagt in Punkt 3: „**Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei! Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.**“ Dieser entscheidende zweite Satz läßt sich leichthin unterschlagen, wenn man nur seine persönliche, egoistische Freiheit und Forderung zum Ziele hat oder politische Zersetzungsbauarbeit leisten will. Der Artikel 18 des Grundgesetzes sollte jeder Überlegung vorangesetzt werden, in jedem Schulsaal und in jedem Hörsaal sichtbar für jedermann lesbar sein:

„**Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Brief-Post-Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt die Grundrechte.**“

Es kann nicht oft genug und nicht deutlich genug wiederholt werden, daß ein Herr Hitler mit sogenannten legalen Mitteln der Weimarer Verfassung die Errichtung seiner brutalen Diktatur und die Vernichtung jeglicher Freiheit erreicht hatte. Nur die Uneinigkeit und die Schwäche der Demokraten in der rechtzeitigen Abwehr der Anfänge, die Einfalt, den potentiellen Mördern der Freiheit und der Demokratie noch die Waffen zu liefern, hat diese folgenschwere geschichtliche Furchtbarkeit möglich gemacht. Aus dieser geschichtlichen Erfahrung heraus, als persönlich Leidtragender dieses deutschen Unglücks und vor allem als Staatsmann hatte Herbert Weichmann im Hamburger Parlament appelliert: „*Hier sollte die Demokratie einmal Ernst machen und von dem Artikel der Verfassung Gebrauch machen, daß denjenigen, die uns unsere Grundrechte nehmen wollen, die uns unsere Freiheit nehmen wollen, die ihr eigenes Recht an Stelle dieses auf der Verfassung verbürgten Rechtes setzen wollen, eben diese Rechte, diese Privilegien des Grundgesetzes entzogen werden.*“

Keine Gewalt der Willkür! Alle Gewalt dem Recht! Kein Freiheit der Zersetzung und Zerstörung!

Ein freiheitlicher Staat mit gestörtem Selbsterhaltungswillen wird bald ein neues Symbol — den Stacheldraht — in Sichtweite haben. Sind wir schon auf dem Wege dorthin? Die Freigabe der Beschimpfung und Verleumdung des Staates, seiner Einrichtungen und der Beschmutzung seiner Symbole wäre der erste Schritt. Die Straffreiheit für das Befürworten von Gewalt, das Anleiten zur Gewalt und das Verherrlichen von Gewalt wären dann der nächste Schritt. **Wer die Saat der Gewalt zuläßt, der nimmt auch die Opfer in Kauf!**

Der treue Staatsbürger als Opferlamm?

Was denkt ein Staatsbürger, der wegen einer Lappalie, vielleicht wegen einer versehentlichen Verordnungsübertretung ohne Gnade bestraft wird — angesichts des Massenaufgebots an Widerstand gegen die Staatsgewalt. Zerstörung öffentlichen Eigentums — und dies alles mit Duldung und ohne Folgen? Wie muß sich der gesetzestreue Staatsbürger verhalten, der brav zu seinem Staat hält, mit Fleiß und Können das Sozialprodukt erarbeitet, wovon auch die zahlreichen Parasiten leben und die Millionenschäden, angerichtet von den Staatsfeinden, beglichen werden? Wir kennen die propagierte Sorge und die Kümmernisse um das Wohl einsitzender Terroristen und Meuchelmörder. Wir kennen das Schweigen um das Schicksal der Ermordeten und die Stille um die Verzweiflung ihrer Angehörigen. Wenn der Staatsbürger im allgemeinen — und wen es im besonderen trifft, ganz persönlich — ein Opfer bringen muß, um das Scheinbild einer grenzenlosen Freiheit zu garnieren, das letzten Endes in der zärtlichen Sorge um das Wohl der Verbrecher und der Staatsfeinde mündet, dann bereitet sein Staat die Selbstaufgabe vor. „*Die kluge Duldung eskaliert die Gewalt*“, warnte schon Herbert Weichmann. Es geht nicht an, auf eine strenge Republik zu verzichten und lieber Opfer an Menschen und Grundgesetzlichem in Kauf zu nehmen, um durch Nachgeben die Rücksichtslosen zu besänftigen. Ein sinnloses Unterfangen.

Menschenopfer, wie Kindesopfer, Jungfrauenopfer — bekannt aus der Religionsgeschichte — die dargebracht wurden, um göttlichen Zorn abzuwenden und das Böse zu beschwichtigen, sollten doch heute keine Gültigkeit mehr haben. Wer das Menschenopfer verlangt für ein imaginäres Freiheitsideal, damit der Bösewicht, der Umstürzler und der potentielle Terrorist ihn nicht der faschistischen Neigung verdächtigen, der erwartet wohl — wie es die Religionsgeschichte berichtet — daß die Kraft des Geopferten dem Opfernden dienstbar gemacht wird?

Die Furcht, für „undemokratisch“ gehalten zu werden, verunsicherte schon damals die Verteidigung der Republik. Somit war das der Beginn des Untergangs des freiheitlichen Staates, der demokratischen Parteien, der freien Gewerkschaften und der Verfassung von Weimar. Die schlimmsten Folgen waren dann die Menschenopfer in ungeahntem Ausmaße.

Wer das heute noch nicht wahrhaben will, dem ist nicht zu helfen. Aber wir sind alle betroffen!